



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
28. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.11.2022	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:45 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Sandra Odendahl - SPD		
Henning Stabe - CDU	bis TOP 8; 18:32 h	
Dr. Werner Vieler - AfD		
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Volker Krause - BfL		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Volker Nehrhoff - CDU		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Natalie Beisiegel-Röhl - FDP		
Stefan Krause - CDU		
Beiratsmitglieder		
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	bis TOP 8; 18:32 h	
Christian Rettberg - Behindertenbeirat		
Gerhard Tartemann - Seniorenbeirat	bis TOP 8; 18:32 h	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		
Michelle Akyurt - CDU		

Verwaltung	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Matthias Schröder - APH-Verwaltung	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	öffentlichen Teil bis TOP 8; 18:32 h
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	bis TOP 3.4 ; 16:50 h
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	bis TOP 5.1; 17:23 h
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE	
Eric Zschech -	öffentlichen Teil bis TOP 8; 18.32 h
Jesko Beyer - 1.20 Haushalt und Steuerung	öffentlicher Teil bis TOP 8, 18.32 h
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 - Gesundheitsamt	bis TOP 5.1; 17:23 h
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Christian Saar - Jobcenter Lübeck	bis TOP 3.4; 16.50 h
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Axel Walther - FDP	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 24.08.2022	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.09.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort der Anfrage des AM Marco Sander (Fraktion21): Anfrage zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / Senior:inneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (TEIL 1)	VO/2022/11161-01
3.2	Sachstand Wohngeldreform	
3.3	Armuts- und Sozialbericht	
3.4	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Clearingstelle	VO/2022/11602
3.5	Nachfrage AM Müller (DIE LINKE) zur abgesagten Sitzung der Steuerungsgruppe bürgerschaftliches Engagement	
4	Berichte	
4.1	Betrieb des HGH als Senior:innen Einrichtung	VO/2022/11554
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wirtschaftsplan 2023 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen	VO/2022/11316
5.2	Strategische Neuausrichtung der städtischen SeniorInnen-Einrichtungen SIE	VO/2022/11544
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	SPD-Fraktion und CDU-Fraktion zum Wohnungsmarktkonzept	VO/2022/11481
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Fraktion Vilefalt, Freie Wähler & GAL, Die Unabhängigen, FDP Fraktion: AT - Stelle für Antirassismus, Antidiskriminierung und Antisemitismus	VO/2022/11495-02
6.3	FDP: Beteiligung an der Gesundheits- und Senioren-App "Gut versorgt in..."	VO/2022/11496

7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be- schlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aufgrund der Kurzfristigkeit der Vorlagennachsendung zu TOP 5.2 – Strategische Neuausrichtung der Städtischen SeniorInnenEinrichtungen eine Sonderausschusssitzung für den 17.11.2022 eingeplant wurde. Er stellt zur Diskussion, ob ggf. der Ausschuss sich auch schon jetzt in der Lage sieht, einen Beschluss zu fassen und damit die Sondersitzung entbehrlich zu machen.

Es erfolgt eine rege Debatte. Die Anwesenden vereinbaren, zunächst die Sitzung zu beginnen und dann bei TOP 5.2 dieses abschließend zu klären.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10-14 en bloc abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil.

Ferner gibt er den Hinweis auf TOP 3.4 der Nachtragstagesordnung.

Er lässt über die Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die um TOP 3.4 ergänzte Tagesordnung.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die zum nichtöffentlichen Teil berechtigten Personen abstimmen. Es werden für den nichtöffentlichen Teil anwesend sein: Herr Blank (Controlling), Frau Timmermann (Protokoll), Frau Hermann (Personalrat der SIE), Herr Wadehn und Herr Schröder (SIE), Herr Domeyer und Herr Tartemann (Beirat für Senior:innen), Frau Sasse (Frauenbüro) und Herr Rettberg (Beirat für Menschen mit Behinderungen). Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme der o.g. Personen im nichtöffentlichen Teil.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 24.08.2022

Keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über die Niederschrift in der vorliegenden Fassung abstimmen.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.09.2022

Keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über die Niederschrift in der vorliegenden Fassung abstimmen.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Antwort der Anfrage des AM Marco Sander (Fraktion21): Anfrage zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / Senior:inneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (TEIL 1) Vorlage: VO/2022/11161-01

Hierzu melden sich Frau Grädner und Herr Dr. Vieler.

(Anmerkung der Geschäftsführung: EAPs (von Engl. Employee Assistance Program) siehe hierzu Homepage von www.OTHEB.de)

Beschluss:

Beantwortung der Anfrage des BM Marco Sander: Anfrage zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / SeniorInnenEinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (Teil 1) (VO/2022/11161) aus dem Ausschuss für Soziales am 07.06.2022

Vorbemerkung:

1. "80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt. Aber die Zahl der Heimplätze und ambulanten Versorger nimmt zu - und damit der Bedarf an Personal. Ermöglichen muss die Gesellschaft beide Modelle.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig. Zum einen leben die Menschen länger, zum anderen verschiebt sich aufgrund des Geburtenrückgangs seit den 1970er-Jahren auch die Altersverteilung der Bevölkerung zugunsten der Älteren. Das führt dazu, dass nicht nur der Pflegebedarf wächst, sondern auch die Nachfrage nach qualifizierten Kräften ["Personal" anstatt "Kräfte"; Anm. des Verfassers], die die zumeist Hochbetagten versorgen. (...) Vier von fünf der 4,1 Millionen Pflegebedürftigen leben in den eigenen vier Wänden und werden meist von ihren Angehörigen versorgt. (...) Daher wird der Bedarf nach ambulanter und stationärer Pflege durch Profis und Hilfskräfte [Hilfspersonen] weiterwachsen. Derzeit arbeiten rund 600.000 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, unmittelbar in der Heimpflege, davon ist fast die Hälfte 50 Jahre und älter. In Prognosen wird von einer Personallücke von 307.000 Arbeitskräften bis zum Jahr 2035 ausgegangen." ¹

2.

a. Auch die Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck zeigt, dass die Zahl der Langzeit-Pflegebedürftigen prognostisch zunehmen wird ². Und dies alles vor dem Hintergrund eines bereits bestehenden Pflegepersonalmangels (der sogenannte "Pflegenotstand"), welcher auch die Hansestadt Lübeck betrifft ³.

b. Bereits 2020 erarbeitete der Beirat für Seniorinnen und Senioren der Hansestadt Lübeck folgende Eckpunkte zur Entwicklung der städtischen SeniorInneneinrichtungen (folgend SIE

genannt). Diese umfassten u.a. folgende Forderungen/Empfehlungen:

- "Aufgaben und Angebote gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Die zukünftigen pflegerischen Angebote haben sich an der demografischen Entwicklung zu orientieren.
- Die SIE sind den heutigen Ansprüchen entsprechend in Ausstattung, baulichen Anforderungen und neuen Angebotsstrukturen weiter zu entwickeln.
- Bestehende und neue pflegerische Angebote wie ambulante Leistungen, neue Wohnformen sind zu entwickeln.
- "Die Pflege in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie auch im 2. Pflegestärkungsgesetz verankert, nach dem Grundsatz ambulant vor stationär zu gestalten. Dem Pflegebedürftigen ist damit weiterhin ein Leben in häuslicher Umgebung zu garantieren. Der ambulante Ansatz ist durch alternative Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften, Mehrgenerationen-Wohnanlagen, Altenwohnungen usw. zu ergänzen.
- Soweit Pflege in diesem Wohnumfeld nicht mehr möglich ist, ist auch in Zukunft stationäre Pflege zu gewährleisten. Die Hansestadt Lübeck ist im Rahmen der Daseinsvorsorge gehalten, im Rahmen der zu erwartenden demografischen Entwicklung füreinander bedarfsgerechtes Angebot von stationärer Pflege zu sorgen." ⁴

3. Aus diesen Entwicklungen und Prognosen ergeben sich folgende abgeleitete Fragen zu folgenden Themenkomplexen:

- I. **Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonalmangel)**
- II. **Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (Pflegebedarf der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck)**
- III. **Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (infrastrukturelle Ausstattung / Digitalisierung)**
- IV. **Attraktivitätssteigerung Pflegestandort ("Pflegestadt" Lübeck) Diese einzelnen Fragenkomplexe werden zeitlich gestaffelt (im Abstand von 4-6 Wochen) in die Bearbeitung gegeben (als insgesamt 3 Anfragen in den Ausschuss gestellt).**

---Ende der Vorbemerkung---

I. Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonalmangel)

Laut AOK Bundesverband zeigt sich der Personalmangel in der Pflege insbesondere auch an unbesetzten Stellen. So waren bundesweit Ende 2018 rund 24.000 Stellen unbesetzt. Die Neubesetzung einer Stelle dauerte im Durchschnitt rund 183 Tage und auf 100 freie Stellen kamen zuletzt nur 25 arbeitslose Pflegefachpersonen ⁵. Insbesondere hinsichtlich dieser bereits vor fünf Jahren ernüchternden Zahlen, die prognostisch kaum positiver verlaufen sind/werden, ist es zwingend erforderlich, wirksame Konzepte zum Abbau des Personalmangels zu entwickeln und vor allem diese auch umzusetzen.

Quellen:

¹ Heinrich Böll Stiftung (2022). Sozialatlas. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält, S. 40 - 41. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas_2022.pdf

² Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 80

³ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 63 ff

⁴ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 107 - 108

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

zu 3.2 Sachstand Wohngeldreform

Frau Schwartz berichtet von den bisherigen Schritten des Bereiches Soziale Sicherung, um dem Anstieg der Wohngeldanträge zu begegnen.

Herr Müller erfragt die nominellen Zahlen für Wohngeldanträge.

Gem. Frau Schwartz sind bisher ca. 5.400 Anträge pro Jahr eingegangen. Es wird aktuell von einer 3 bis 5-fachen Steigerung der Antragszahlen ausgegangen.

Frau Schwartz verweist auf die Anfrage von Herrn Müller-Lornsen zu den Anspruchsvoraussetzungen von Wohngeld auf die Internetseite der Hansestadt Lübeck.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Armuts- und Sozialbericht

Frau Schwartz berichtet vom Sachstand zum Armuts- und Sozialbericht und stellt in diesem Zusammenhang den Sozialplaner Herrn Zschech vor.

Der Bericht besteht aus dem Teil A - Deskriptiver Teil mit der Statistik und den Erläuterungen und dem Teil B - Strategischer Teil der die Handlungsempfehlungen beinhaltet.

Der Teil A ist bereits fertiggestellt und wird noch korrekturgelesen.

Der Teil B soll partizipativ unter Einbeziehung des Begleitgremiums und weiterer Akteure erarbeitet werden.

Es hat am 26.10.22 eine Sitzung des Begleitgremiums stattgefunden und dort wurden zentrale Erkenntnisse aus dem Bereich präsentiert und die weitere Vorgehensweise mit themenbezogenen Workshops, Einladung von Expert:innen abgestimmt.

Die Workshops werden sein:

- Erfassung sozialer Infrastruktur
- Schwerpunkt Kinder/Jugendliche/Familien
- Schwerpunkt Ältere
- Integrierte Handlungsansätze

Herr Dr. Grohmann verlässt die Sitzung von 16:40 h bis 16:45 h.

Hierzu sprechen Herr Müller und Frau Odendahl.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE): Clearingstelle
Vorlage: VO/2022/11602

Herr Müller erläutert den Antrag.

Hierzu erläutert Frau Senatorin Steinrücke, dass die vorhandene Clearingstelle kein wirkliches Büro mit Mitarbeitenden ist, sondern es sich hier vielmehr um ein abgestimmtes Verfahren zwischen der Hansestadt Lübeck und den Stadtwerken Lübeck handelt. Es sprechen weiterhin Herr Nehrhoff und Frau Wolgast.

Beschluss:

1. Wie arbeitet die Clearingstelle der Stadtwerke Lübeck?
2. Wie weit ist die Clearingstelle auf die Energiekrise vorbereitet?
3. Wie ist Clearingstelle erreichbar?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.5 Nachfrage AM Müller (DIE LINKE) zur abgesagten Sitzung der Steuerungsgruppe bürgerschaftliches Engagement

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass es aus dem Teilnehmerkreis der Steuerungsgruppe keine Themenanmeldungen für die Tagesordnung gegeben hat. Ein von der Verwaltung vorbereitet Punkt war noch nicht abschließend bearbeitet. Mit der Absage der Sitzung sollte sogleich ein neuer Termin angesetzt werden, das ist leider nicht erfolgt und hierfür entschuldigt sich die Senatorin. Sie gibt den Nachfolgetermin für den 08. Februar 2023 von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr bekannt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Betrieb des HGH als Senior:innen Einrichtung
Vorlage: VO/2022/11554

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass es diese Vorlage nicht mehr gibt, sondern die Inhalte in den TOP 5.2 - Strategische Neuausrichtung der Städtischen SeniorInnenEinrichtungen SIE (VO 2022/11544) eingearbeitet wurden.

Beschluss:

Aktuelle Baumaßnahmen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Wirtschaftsplan 2023 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen
Vorlage: VO/2022/11316**

Hierzu sprechen Frau Grädner, Herr Rathke, Herr Stabe, Herr Voht, Herr Volker Krause und Herr Müller.

Innerhalb der Beratung wurde mehrfach die Kostendeckung und Finanzierung angesprochen. Darüber hinaus wird trotz aller Defizite die Entscheidung der Stadt, eigene Einrichtungen für die Senior:innenbetreuung vorzuhalten, begrüßt.

Herr Rathke spricht in diesem Zusammenhang die privaten Investoren an, die eine Einrichtung bauen würden, deren Betreiberschaft der Stadt angeboten werden könnten. In diesem Zusammenhang erfolgte eine verbale Auseinandersetzung zwischen Herrn Rathke und Herrn Voht, der sämtliche persönlichen Vorteilsvorwürfe energisch zurückweist.

Frau Odendahl verlässt in der Zeit von 16:55 h bis 17:00 h den Saal.

Frau Akyurt vermisst die Zahlen zur Reduzierung des Defizites.

Frau Senatorin Steinrücke verweist nochmals darauf, dass Einsparungsmöglichkeiten durch verbesserte Prozesse gesehen werden.

Frau Sasse und Herr Dr. Mischnik verlassen die Sitzung (17:23 h).

Herr Rathke erfragt, wie die aktuellen Steigerungen aufgrund der Energiekrise im Wirtschaftsplan eingeflossen sind. Herr Wadehn verweist darauf, dass der Wirtschaftsplan mit Zahlen aus dem Sommer mit einer Annahme einer 15 – 20 % Kostensteigerung erarbeitet wurde.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt hierzu, dass die Steigerung der Energiekosten zu ungewiss ist, um diese im Wirtschaftsplan abzubilden.

Im Anschluss an diesen TOP erfolgt eine Pause für die Zeit von 17:34 h bis 17:50 h.

Beschluss:

Für den Wirtschaftsplan 2023 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen werden festgestellt:

		2023
1. Es betragen		
1.1	im Erfolgsplan	€
	die Erträge	30.107.100
	die Aufwendungen	32.100.800
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	-1.993.700
1.2	im Vermögensplan	
	die Einzahlungen auf	1.339.000
	die Auszahlungen auf	1.339.000
2.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0
3.	die Stellenübersicht 2023 nebst Änderungsliste (Anlage 8 - 12).	
4.	Fortschreibung Frauenförderplan bei den SIE (Anlage 13)	

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2023 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2023 wird gemäß Anlagen 1-13 im Rahmen der Haushaltssatzung 2023 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	2
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich den Wirtschaftsplan der SIE für 2023.

zu 5.2 Strategische Neuausrichtung der städtischen SeniorInnenEinrichtungen SIE
Vorlage: VO/2022/11544

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die Vorlage leider erst sehr kurzfristig fertiggestellt werden konnte und hatte dafür im Vorfeld bereits eine Sondersitzung für dem 17.11.2022 vorgeschlagen.

Herr Voht stellt einen Vertagungsantrag, damit der Geschäftsordnung konform gehandelt wird.

Frau Senatorin Steinrücke bietet an, dass Fragen zur Vorlage auch schon vorab übermittelt werden könnten, damit die Verwaltung die Beantwortung für die Sondersitzung am 17.11.2022 vorbereiten kann.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Beschluss:

Entscheidung trifft die Bürgerschaft:

1. Die Bürgerschaft nimmt die Planung zur strategischen Neuausrichtung der SIE, einschließlich der Fortentwicklung des Leistungsangebotes (Konzept 2030), gemäß Anlage 1 zustimmend zur Kenntnis. Die Umsetzung erfolgt nach Maßgabe der von der Bürgerschaft zu beschließenden Wirtschaftspläne. Gremienvorbehalte für Investitions- bzw. Vergabeentscheidungen bleiben unberührt.
2. Der Bereich 2.502 Senior:inneneinrichtungen erhält mit Wirkung zum 01.01.2023 die als Anlage 4 beigefügte Betriebssatzung mit einem Betriebskapital i.H.v. 8.162.000 €. Die Betriebssatzung wird hiermit beschlossen.
Der Sozialausschuss wird der zuständige Werkausschuss.
Der Betrieb wird nach Maßgabe der Betriebssatzung als eigenbetriebsähnliche Einrichtung (§ 101 Abs. 4 GO) geführt. Die Bezeichnung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung lautet: Senior:inneneinrichtung der Hansestadt Lübeck (SIE).
3. Die Immobilien (die vollstationären Pflegeeinrichtungen und das jeweils angegliederte Betreute Wohnen) auf den Grundstücken Prassekstraße, Dreifelderweg, Dornbreite und Elswigstraße werden zum 01.01.2023 in das Betriebsvermögen der SIE überführt.

Entscheidung trifft der Hauptausschuss, vorbehaltlich der Zustimmung der Bürgerschaft zu den Beschlusspunkten 1-3:

4. Zur Werkleitung der SIE wird mit Wirkung zum 01.01.2023 Herr Gert Wadehn bestellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der Vorlage in die Sonderausschusssitzung am 17.11. 2022.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 SPD-Fraktion und CDU-Fraktion zum Wohnungsmarktkonzept Vorlage: VO/2022/11481

Herr Dr. Grohmann erläutert den Antrag.

Es sprechen Herr Voht und Herr Müller.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten, aufgrund der Dringlichkeit ab dem Jahr 2023 sowohl einen Wohnungsmarktbericht und ein Wohnungsmarktkonzept zu erstellen.

1. Der Wohnungsmarktbericht soll die bisherigen statistischen Auswertungen enthalten. Zusätzlich sollen folgende Angaben enthalten sein:
 - a) Darstellung und Bewertung der Akteur-Strukturdaten am Wohnungsmarkt (wer besitzt welche Wohnungsbestände, wer baut Miet- und Eigentumswohnungen, welche Rolle spielen private Kleinvermieter, Eigentümer und Selbstnutzer).
 - b) Quantitative und qualitative Erfassung der Haushalte in Lübeck nach Stadtteilen.
 - c) Quantitative Erfassung des Angebotes nach Stadtteilen an Mietwohnungen nach Mietpreiskategorien (z.B. bis 6,00 €/qm, bis 8 €/qm, bis 10 €/qm, bis 12,00 €/qm, über 12 €/qm)
 - d) Darstellung der Neubauten und Sanierungen der letzten 5 bis 10 Jahre, der laufenden Wohnungsbauvorhaben und der konkret geplanten Vorhaben (was ist bereits geschafft oder steht kurz bevor den Markt zu entlasten).
2. Das Wohnungsmarktkonzept soll auf Grundlage der bisherigen Bürgerschaftsbeschlüsse (z.B. VO/2019/07446) zur Wohnungsmarkt- und Baulandentwicklung:
 - a) Prognose der Haushalte für die nächsten 10 Jahre (wenn möglich über 15 Jahre)
 - b) Darstellung neuer Wohnmodelle (Baugemeinschaften, Tiny Houses, Seniorenwohngemeinschaften) und Ableitung von Chancen und Konsequenzen für die Wohnungsnachfrage.
 - c) Mögliche Beschleunigungsmaßnahmen für die Erteilung von Plan- und Baugenehmigungen aufzeichnen.
 - d) Mögliche Maßnahmen zum Ausgleich negativer Folgen von konjunkturellen Einbrüchen
 - e) Abgleich von Angebot (Zeitpunkt der Analyse) und aktueller Nachfrage (was muss noch auf den Weg gebracht werden).
 - f) Abgestimmte Priorisierung von Entwicklungen und Flächen als Ergebnis der Analyse.

ermöglichen.

3. Zur Unterstützung soll eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung / Politik / Wohnungswirtschaft und weitere Akteure (z.B. Mietverein) eingerichtet werden. Die Arbeitsgruppe begleitet die Erstellung des Berichts und des Konzeptes, und kann Änderungen und Erweiterungen der Aufgabenstellung empfehlen (diese sollen dann durch den Hauptausschuss beschlossen werden).

4. Es soll eine finanzielle Beteiligung der Wohnungswirtschaft wie beim Wohnungsmarktkonzept 2013 vereinbart bzw. angestrebt werden. Dafür sind die entsprechenden Akteure einzubinden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Fraktion Vilefalt, Freie Wähler & GAL, Die Unabhängigen, FDP Fraktion: AT - Stelle für Antirassismus, Antidiskriminierung und Antisemitismus
Vorlage: VO/2022/11495-02**

Hierzu sprechen Herr Müller-Lornsen, Herr Müller, Frau Grädner, Herr Dr. Vieler, der Bedarf/ den Anteil von einer $\frac{3}{4}$ Stelle erfragt.

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass eine Organisationsuntersuchung in Bezug auf die Stabstellen Integration sowie Ehrenamt erfolgen soll, um mögliche Synergien zu erarbeiten.

Frau Friemer stellt einen Vertagungsantrag für die nächste Sitzung, um noch einmal die Begründung für die Stellenanhebung herauszustellen. Frau Grädner gibt zu bedenken, dass es auch außerhalb des Bereichs Integration Diskriminierung gibt.

Herr Rathke spricht sich gegen eine Vertagung aus.

Frau Steinrücke stellt noch einmal heraus, dass eine Stellenschaffung/-aufstockung von der Aufgabe heraus zu beurteilen ist und nicht andersherum.

Herr Voht verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf den in die Sitzung des Ausschusses für Soziales beschlossenen Aktionsplan Antidiskriminierung und spricht sich ebenfalls für eine Vertagung zur Sitzung am 29.11.2022 aus.

Der Vorsitzenden lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Der Ausschuss stimmt mehrheitlich (11 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen) zu.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Vollzeitstelle "Antirassismus, Antidiskriminierung und Antisemitismus" im FB2, konkret in der Stabstelle Integration, zu errichten, oder mindestens die vorhandene Stelle zur Koordinierung des kommunalen Programms zur Europäischen

Städtekoalition gegen Rassismus e.V. entsprechend auf eine ¾-Stelle mit 29,25 Stunden zum 1. Januar 2023 aufzustocken.

Aufgaben sind die Entwicklung und langfristige Begleitung eines strategischen Handlungsprogramms gegen Rassismus und Diskriminierung, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, die Zusammenarbeit mit verwaltungsintern sowie -extern am Thema arbeitenden Akteur:innen, u.a. zum Aufbau von Netzwerkstrukturen und Ausrichtung der gemeinsamen Tätigkeiten sowie die Implementierung geeigneter Instrumente bzw. Umsetzung von Maßnahmen zum Abbau von Rassismus und Diskriminierung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 6.3 FDP: Beteiligung an der Gesundheits- und Senioren-App "Gut versorgt in..." Vorlage: VO/2022/11496
--

Frau Beisiegel-Röhl erläutert den Antrag und verweist auf eine Sitzung des Beirates für Senior:innen, der die Umsetzung in einer Sitzung beschlossen hat.

Herr Voht verweist auf die Präsentation der App-Betreiber in einer Sitzung des Ausschusses für Soziales (Anmerkung der Geschäftsführung: Vorstellung der App erfolgte in der Sitzung am 03.03.2020) und darauf, dass man bei der Digitalstrategie des Bürgermeisters bleiben sollte.

Im weiteren Verlauf sprechen Herr Rathke, Herr Stabe, Frau Grädner, Herr Stefan Krause, Herr Müller-Lornsen, Herr Nehrhoff, Herr Dr. Vieler und Herr Tartemann vom Beirat der Senior:innen, der der Aussage widerspricht, dass der Senior:innen hier einen Beschluss gefasst hat.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck beteiligt sich an der Gesundheits- und Senioren-App:

„Gut versorgt in ...“

Der Bürgermeister wird beauftragt, die dazu benötigte Unterstützung bis zum Jahresende 2022 zu gewährleisten, damit die App ab dem 01.01.2023 zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8 Verschiedenes

Herr Rathke erbittet das Wort um richtigzustellen, dass er AM Voht in der Auseinandersetzung beim TOP 5.2/1 nicht persönlich angreifen oder beschuldigen wollte. Er bittet ausdrücklich dieses zu entschuldigen.

Herr Stabe verlässt die Sitzung (18.32Uhr)..

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 18:32 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 18:40 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende verkündet den in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschluss und schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Lübeck, den 30. November 2022

Dr. Marek Lengen
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung